

Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): L. V. Rolf Galler in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Ausbreitung der Unruhen in Italien.

Milderungen für Deutsch-Oesterreich.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“

kl Wien, 10. Juli.

Die erste Antwortnote Clemenceaus an Dr. Renner bringt die bereits von der Entente-Pressen angekündigten wirtschaftlichen Zustände, ohne welche der Fortbestand Deutsch-Oesterreichs als vollständig ausgeschlossen gelten konnte. Die Nationalstaaten des früheren Oesterreich-Ungarn haben noch lange kein Recht, deutsch-österreichisches Privatgut auf ihrem Boden zu beschlagnahmen. Die einseitige Weisungsbefugnis wird dem Handel der Alliierten und der mit ihnen assoziierten früheren Nationalstaaten auf drei Jahre zugesprochen.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt hierzu: Der Verlust des Eigentums in den Nationalstaaten wäre die Frage des hunderttausendfachen Privatbankrotts. Wir haben das Gefühl, als würde uns trotz der furchtbaren Härte, welche die noch unbekannteren finanziellen Klauseln enthalten mögen, heute die Lebensmöglichkeit zurückgegeben worden sein. Unsere vortrefflichen Unterhändler in St. Germain haben einen Erfolg zu verzeichnen. Schon haben die Südslawen auch Güter im Interesse von Deutsch-Oesterreich in Syrien und Bosnien beschlagnahmt, die zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten. Sie haben auf den Friedensvertrag gewartet und die Niederlassungen und Banken in Ugram und Sarajewo zurückgehalten, um sie zu liquidieren. Das wird jetzt nicht mehr geschehen können. Milliarden des Volkvermögens Deutsch-Oesterreichs sind gerettet, vermutlich mehr als die Hälfte.

os Rotterdam, 10. Juli.

In ihrer Antwort auf die österreichische Protestnote gegen die wirtschaftlichen Bedingungen des österreichischen Friedensvertrages erkannten die Alliierten die Berechtigung einiger der von Oesterreich gemachten Bemerkungen an und nahmen, wie Renner berichtet, demgemäß Änderungen im Betrage vor.

Belchleunigung der französischen Demobilisierung.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“

b Genf, 9. Juli.

Das „Echo de Paris“ glaubt, daß die französische Demobilisation so beschleunigt werden könne, daß die Neuwahlen zur französischen Kammer Ende Oktober stattfinden können. Es wird sogar bereits der 26. Oktober als Tag der Kammerwahlen genannt.

Der Deputierte Renaud von der Armee-Kommission der Kammer und Biviani erklärten einem Vertreter des „Matin“, die Armee-Kommission plane die Herabsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr, höchstens 15 Monate.

Die Husstände in Frankreich.

b Genf, 9. Juli.

Der Nationalrat des französischen Bergarbeiterverbandes hat der Regierung mitgeteilt, daß die Mehrheit der lokalen Gewerkschaften sich für die Annahme des vorgeschlagenen Schiedsgerichts erklärt unter dem einzigen Vorbehalt, daß keine Maßregelung wegen des Streiks erfolgen soll. Da die Regierung sich mit dem Schiedsgericht sehr beileben dürfte, ist also das bevorstehende Ende des Bergarbeiterstreiks für Mittel- und Südfrankreich so gut wie sicher.

Die Beamten der Pariser Versicherungsgesellschaften haben beschlossen, in den Generalstreik einzutreten, wenn ihre Forderungen nicht binnen vier Tagen von den Gesellschaften bewilligt werden.

Trotz der bereits gefassten Beschlüsse, am 21. Juli einen vierundwanzigstündigen Proteststreik durchzuführen, sind heute die Meinungen innerhalb der Confédération générale du travail über einen Erfolg durchaus geteilt. Und zwar sind die gemäßigten Elemente nach wie vor der Meinung, daß man die englische Kundgebung auf einfache Versammlungen beschränken solle, während die Opposition von links der Confédération Mangel an Energie vorwirft, weil sie nicht den jüngsten Metallarbeiterstreik zu einem großen politischen Generalstreik gemacht habe. Der von den Beamten gefasste Beschluß, an der Demonstration der Confédération teilzunehmen, ist einstweilen nicht so zu verstehen, daß sämtliche dem Syndikat angehörenden Beamten die Arbeit für 24 Stunden einstellen werden, denn ihre Klassenführer haben den Beamten das Bedenkliche einer solchen Maßnahme in demselben Augenblick, wo sie mit der Regierung über die Verbesserung der Gehälter verhandeln, karg gemacht. Dagegen dürfen die Mitglieder des Postbeamten-Landes an dem Generalstreik vollständig teilnehmen. Die Gas-

und Elektricitätsarbeiter beraten noch darüber, ob sie einen einwöchigen Streik machen oder ob sie sich an dem vierundwanzigstündigen Streik beteiligen sollen. Dagegen scheinen die Buchdrucker- und die meisten Eisenbahnerverbände dem Generalstreik überhaupt ablehnend gegenüberzustehen.

Generalstreik in Rom.

Drahtmeldungen.

Bern, 10. Juli.

Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wieder-aufflackern der Generalstreiks gemeldet. Nach Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen bei den römischen Arbeitskammern mit den Behörden und Geschäftslenten gesten gescheitert. Für Rom ist der sofortige Generalstreik beschlossen worden. Ganz Apulien ist von der Bewegung ergriffen. Laut „Avanti“ sind bereits Truppen zusammengezogen worden. Auch in Sizilien mehren sich die Ausstände. In Turin sind 40 000 Arbeiter ausständig.

Verailles, 10. Juli.

Die französischen Eisenbahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationsstreik am 21. d. M. zu beteiligen. Infolge dessen wird am 21. von 8 Uhr vormittags an jeder Verkehr in Frankreich 24 Stunden ruhen.

Die Wiffell-Krise.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

g Weimar, 10. Juli.

Der Fall Wiffell ist immer noch in der Schwebe. Es hat jetzt den Anschein, daß es zu keiner Krise kommen, sondern daß Herr Wiffell Reichswirtschaftsminister bleiben wird. Die Entscheidung liegt bei der sozialdemokratischen Fraktion, die sich heute abend mit dem Fall Wiffell beschäftigten wird. Vorbesprechungen, die bereits stattgefunden haben, lassen die Annahme berechtigt erscheinen, daß die Mehrheit der Fraktion, ohne daß sie sich in allen Einzelheiten auf die Wiffellsche Planwirtschaft festlegen will, Wiffell erlauben wird, im Amte zu bleiben. Man glaubt, daß er diesem Erlaube um so mehr Folge leisten wird, als auch die Rabinetsmitglieder ihm keinen Zweifel gelassen haben, daß bei Aufgabe seiner Planwirtschaft seinem Verbleiben im Amte nichts im Wege stehen wird. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion steht wohl auch auf dem Standpunkt der übrigen sozialdemokratischen Rabinetsmitglieder, daß die Wiffellsche Planwirtschaft zurzeit nicht durchführbar ist. Sie erkennen aber die gute Absicht Wiffells nicht, in wirklich sozialisierendem Sinne praktisch vorgehen zu wollen. Sie hält vielmehr das Verbleiben Wiffells im Rabinett schon deshalb für angezeigt, damit er den Tendenzen auf allzu freie Wirtschaft seinen hemmenden Einfluß wirksam entgegenzusetzen in der Lage ist.

Heute nachmittag findet in Weimar eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an der auch die in Weimar anwesenden preussischen Minister teilnehmen. Gegenstand der Beratung wird die ober-klassische Frage sein.

Der 31. Dezember — Stichtag für die Vermögensabgabe.

Wie wir hören, wird der Stichtag für die große Vermögensabgabe der 31. Dezember 1919 sein. Dieser späte Zeitpunkt ist gewählt worden, um einmal die Vermögensverluste infolge des Krieges und der Revolution berücksichtigen und andererseits nicht nur die Kriegsgewinne, sondern auch die Revolutionsgewinne fassen zu können.

Keine Auflösung der staatlichen Eisenbahn-Werkstätten.

Die von einem Blatte verbreitete Nachricht, die Regierung plane eine Auflösung der staatlichen Eisenbahnwerkstätten und ihre Ueberführung in den Besitz der Privatindustrie, wird von zuständiger Seite als unzutreffend bezeichnet. Die Lage sei so, daß die Eisenbahnwerkstätten trotz größter Anstrengungen und Einführung von Doppelschichten die Reparaturen nicht bewältigen könnten, so daß man einzelne Aufträge an die Privatindustrie abgegeben habe. Das sei vermutlich die Ursache der Verzögerung gewesen.

Abschied vom Memelland.

Von Elisabeth Brünner-Süßner,

Mitglied der Nationalversammlung.

Ostpreußen nördlich der Memel erwartet seinen neuen Herrn. Boll Trauer, aber ergeben in das Schicksal. Sie mögen kommen, um sich in kurzem selbst davon zu überzeugen, daß das, was sie da geschaffen haben, unmöglich von Bestand sein kann. Dr. Gaigalat steht jetzt das Werk seiner ehrgeizigen Bestrebungen von einem Erfolg gekrönt, den er sich wohl selbst bis vor kurzer Zeit nicht erträumt hat. Die Presse Ostpreußens zitiert denn auch fortgesetzt den früheren strammdeutschen Politiker Gaigalat gegen den großlitauischen Gaigalat der jüngsten Zeit, der so oft nach Rowno und Libau gefahren ist, um mit der Entente über die Schöpfung dieses Staatsgebildes am Memelstrom zu verhandeln. Das ist in der ganzen Gegend feststehende Ansicht, daß ohne Gaigalat die Entente nie auf die Idee verfallen wäre, hier sei ein gemeinliches Selbstbestimmungsrecht völkischer Art aus der Knechtung zu erlösen. Es galt als unfein, litauisch zu sprechen; selbst der Arbeiter, einerlei, ob vom Lande oder von der Stadt, erblickt in der Bezeichnung „Litauer“ eine Kränkung, den Vorwurf einer kulturellen Rückständigkeit, und die Litauer von drüben, die russischen Szametten, wußten und wissen bis heute so wenig von ihren deutschen und evangelischen Stammesbrüdern, daß sie bei jeder Gelegenheit die Bezeichnung „Litauer“ für den Bewohner des bisherigen deutschen Bodens ablehnen und stets erklären: „Ist nicht Litauer, ist Ruß.“ Litauer genannt werden, das war für den Deutschen litauischer Herkunft ungefähr das gleiche wie die verächtliche Bezeichnung „Polak“. Herr Dr. Gaigalat verbandt seine Bildung denn auch deutschen Kulturschätzen, ja, sogar deutschen Staatsbürgerschaft. Aber daß der großlitauische Gedanke sein geistiges Eigentum ist, das ist so ausschließlich wahr, daß es beinahe schon überall als ausgemacht gilt, daß es bei dem Gedanken- und Versuch bleibt, und daß die großlitauische Idee niemals eine andere als eine ganz vorübergehende, mit unvermeidlichem Fiasko endende Verwirklichung finden wird.

Noch ist das neue Staatsgebilde nicht da, und schon strebt alles voneinander weg. Die Deutschen wollen deutsch bleiben, und es ist sicher, daß jeder etwaige Versuch neuer Macht-haber, sie an der Erhaltung ihrer deutschen Art zu hindern, die lächlichste Verbitterung hervorrufen würde. Es würde unnatürlich sein, wäre es anders. Die Litauer, die bisher keine Litauer waren, versprechen sich von der Neuregelung nichts Gutes, das liegt in ihrer materiellen Art. Sene Litauer, die seit einiger Zeit der phantastischen Idee eines großlitauischen Reiches anhängen, in dem sie die führenden Rollen spielen werden, fürchten heute schon, daß die Litauer von jenseits der Grenze, nicht nur, weil sie die Mehrheit haben, sondern weil sie die echten Litauer sind, ihnen diese führenden Rollen streitig machen werden. So ist politisch schon die Lebensunfähigkeit dieses Neugebildes besiegelt.

Man kann der deutschen Ostpolitik vor dem November 1918 manche Irrtümer nachsagen; dieser litauischen Politik des Herrn Gaigalat und der von ihm irreführten Entente kann man noch mehr Irrtümer voraussagen. Nur daß die deutsche Ostpolitik der verflochtenen Richtung sich an den Litauern im deutschen Staatsgebiet vergangen habe, das kann man ihr nicht nachreden. An der Memel wurden keine Regungen völkischer Eigenart unterdrückt, auch keine fremdstämmigen wirtschaftlichen Interessen geschädigt. Wie es war, so war es gut und richtig, und wenn sich Wilson und Compagnie daran machten, die europäische Landkarte zu korrigieren, so war es für diesen Erdenwinkel die richtige Korrektur, alles hübsch so zu lassen, wie es gewesen ist. Man hatte den Litauern von seiten der Tarybaleute, das sind diejenigen um Gaigalat, vorgebetet, sie würden in einem großlitauischen Staat von den immensen Kriegslasten Deutschlands unberührt bleiben, aber das Argument hat nicht gezogen. Auch die Memeldeutschen mit litauischen Namen, mit vergessener litauischer Abstammung und Sprache wissen zu gut, daß die Litauen drüben in Szamettisch- oder Groß-Litauen nicht kleiner sein werden wie bei uns, aber sie wissen nicht, was sie drüben gegen die Besteuer zu den öffentlichen Lasten eintauschen werden.

Szameitisch-Litauen hat an staatlichen Einrichtungen doch so gut wie gar nichts, keine Zentralverwaltung, kein Heer, keine Bildungsgelegenheiten, keine Fürsorgeeinrichtungen, nichts, nichts, gar nichts. Das alles neu zu schaffen, wird dem Lande, das nur über höchst mäßige natürliche Hilfsquellen verfügt, ein fabelhaftes Geld kosten, über aber, die Einrichtungen werden so dürftig sein nach Zahl und Qualität, daß bei dem Gedanken daran heute schon allen auf deutscher Seite das Grauen aufsteigt. Während des Krieges hat